

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.02.2014
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:33 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub
Herr Werner Hesse
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Berkei
Herr Thomas Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Reinhard Kauk
Herr Winand Koch
Frau Maria März
Herr Klaus Ryborsch
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib
Herr Klaus-Peter Riedl

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur

Anwesend sind:

Herr Jürgen Behler
Herr Hans-Jürgen Back
Herr Michael Goetz
Frau Andrea Grigat-Thierau
Frau Dr. Uta Gruß
Herr Philipp Hesse
Frau Annemarie Hühn

Herr Gerhard Kroll
Frau Carla Mönninger-Botthof
Herr Friedhelm Wieber

Vom Magistrat:

Frau Olga Schmitt

Stadtrat:

Herr Bernt Klapper

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Entschuldigt fehlen:

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Herr Stephan Klenner, Fraktionsvorsitzender CDU

Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur

Herr Frank Hille
Herr Fabian Gies

Gast:

Herr Dr. Karsten McGovern, Erster Kreisbeigeordner

Schriftführer:

Herr Markus Harder

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Neueinrichtung von Pflegestützpunkten für den Ost- und Westkreis
Vorlage: FB3/2014/0001
- 3 **Beratung von eingegangenen Anträgen**
 - 3.1 Livestreamübertragung im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung;
Antrag gem. § 14 der GO der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013)
Vorlage: FDP/2013/0001
 - 3.2 Unerledigte Anträge; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 16.01.2014 (eingegangen am 16.01.2014)
Vorlage: CDU/2014/0001
- 4 Neuvergabe der Wegenutzungsverträge Gas für das Gebiet der Städte Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain
Vorlage: FB1/2014/0012

- 5 **Kenntnisnahme**
- 5.1 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes Dienstleistungen und Immobilien in Höhe von 2.500.000,00 Euro
Vorlage: DuI/2013/0024
- 5.2 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes Stadtwerke
Stadtallendorf in Höhe von 1.360.000,00 Euro
Vorlage: FB5/2013/0025
- 6 Mitteilungen
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Haushalt 2014
- 7.2 Zensus 2011

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die Anwesenden zu der gemeinsamen Sitzung des Fachausschusses I und II. Im Besonderen begrüßt sie Herrn Bürgermeister Somogyi, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang, Herrn Ersten Stadtrat Bonacker, Herrn Riedl und Herr Greib von der Verwaltung, den stellvertretenden Schriftführer Herrn Harder und den Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Dr. Karsten McGovern.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest.

Um den Mitgliedern des Fachausschusses II und dem Gast Herrn Dr. Karsten McGovern die Wartezeit zu verringern, schlägt die Vorsitzende den Tausch der Tagesordnungspunkte 3 (Neueinrichtung von Pflegestützpunkten für den Ost- und Westkreis) und 2 (Beratung von eingegangenen Anträgen) vor.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Zu 2 Neueinrichtung von Pflegestützpunkten für den Ost- und Westkreis Vorlage: FB3/2014/0001

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen und Fachausschuss für öffentliche Sicherheit, Soziales und Kultur

Der Erste Kreisbeigeordnete, Herr Dr. Karsten McGovern, wird in seiner Funktion als Gastreferent von Herrn Bürgermeister Somogyi begrüßt.

Herr Dr. McGovern gibt einen inhaltlichen Überblick über das Projekt, der Neueinrichtung von Pflegestützpunkten für den Ost- und Westkreis, und beschreibt die damit verbundenen Ziele.

Die Ziele des Projektes sind unterschiedlicher Natur. So soll zunächst einmal dem demografischen Wandel Rechnung getragen werden. Der fortlaufende Prozess des demografischen Wandels bedingt eine weitere Zunahme des Pflegebedarfes. Um dem steigenden Bedarf für Pflege Rechnung zu tragen, soll die Beratung in diesem Bereich verbessert werden. Das Beratungsangebot soll jedoch nicht nur die älter werdende Gesellschaft tangieren, auch andere Pflegebedürftige sollen hiervon profitieren. Bezüglich des Bedarfes an Beratung verweist Herr McGovern auf den bereits eingerichteten Pflegestützpunkt in Marburg. Dieser wird hoch frequentiert, im Jahr 2013 wurden ca. 470 Pflegebedürftige hier beraten. Jedoch stößt dieser Stützpunkt mit seinen zwei Beschäftigten an seine Grenzen. Um den Pflegebedürftigen, welche aus dem ganzen Landkreis den Pflegestützpunkt Marburg aufsuchen, den Aufwand für eine Inanspruchnahme des Beratungsangebotes zu reduzieren, sollen nun zwei weitere Stützpunkte im Landkreis geschaffen werden, einer in Stadtallendorf und einer in Biedenkopf.

Ein weiteres Ziel ist die Entlastung der regionalen Ärzte. Durch eine umfassende Beratung sollen zeitintensive Aufklärungsgespräche zwischen Patient und Arzt reduziert werden. Hiermit verbunden ist auch der Gedanke des Erhaltes und der Neugewinnung von Ärzten, da eine Reduzierung des Aufwandes auch ein Kriterium bei der Neuansiedelung von Ärzten in der Region sein kann.

Bezüglich der Finanzierung des Projektes erläutert Herr McGovern, dass das Land Hessen im Vorfeld der Errichtung des Stützpunktes Marburg eine Ausschreibung vorgenommen hat, bezogen auf die Einrichtung eines solchen Pflegestützpunktes, welcher für zwei Jahre befristet ist. Hierbei hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Zuschlag erhalten. Somit wird das Projekt vom Land Hessen getragen, nur das Personal wird von dem Landkreis Marburg-Biedenkopf gestellt. Jedoch ist der Finanzrahmen nicht ausreichend für zwei weitere Stützpunkte, so dass eine andere Finanzierungsmöglichkeit ins Auge gefasst worden ist. Das Land Hessen fördert die interkommunale Zusammenarbeit von Gemeinden/Städten. Um diese Fördermittel zu erhalten, ist es nötig, dass sich zwei Kommunen im Ost- bzw. Westkreis zusammenschließen. Für die Stadt Stadtallendorf bietet sich eine Zusammenarbeit mit der Stadt Neustadt an. Durch die Zusammenarbeit können die Kosten somit gedeckt werden. Die Finanzierung wäre durch das Land Hessen und den Landkreis Marburg-Biedenkopf gedeckt, für die Gemeinden/Städte fallen keine weiteren Kosten an. Hinzunahme von weiteren Kommunen würde den organisatorischen Aufwand erheblich erhöhen und die für zwei Jahre befristete Maßnahme würde weiter in der effektiven Laufzeit beschnitten.

Weitere Unterstützung bei der Einrichtung des Pflegestützpunktes wird von der Krankenversicherung „DAK“ geleistet. Diese steht beratend zur Seite.

Die Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt zur Aussprache.

Herr Stv. Dziuba stellt die Frage, warum eine Zusammenarbeit mit der „DAK“ angedacht ist und wie der Datenschutz bei einer solchen Zusammenarbeit geleistet werden kann. Des Weiteren stellt er die Frage, warum eine Befristung der Maßnahme von zwei Jahren vorgenommen worden ist.

Herr Dr. McGovern erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit der „DAK“ durch deren Marburger Standort gekommen ist. Jedoch hätte es auch eine andere Krankenkasse sein können, Kriterien für eine Zusammenarbeit gab es nicht. Bezogen auf den Datenschutz verweist Herr Dr. McGovern auf das von dem Landkreis Marburg-Biedenkopf gestellte Personal. Die „DAK“ ist nicht in den Arbeitsablauf eingebunden, sodass hier keine Daten vermittelt werden.

Eine Befristung von geförderten Maßnahmen ist gängige Praxis. Von einem Rückgang des Pflegebedarfes ist nicht auszugehen, vielmehr wird sich dieser erhöhen, so dass vor Ablauf der Frist über eine Weiterführung entschieden werden muss.

Herr Stv. Hesse weist darauf hin, dass er bereits vermehrt Äußerungen wahrgenommen hat, welche bei dem Begriff „Pflegestützpunkt“ von einer aktiven Pflegeleistung ausgehen. Er fügt an, dass man hier für Aufklärung sorgen sollte und verständlich macht, dass es sich lediglich um eine Beratungsstelle handelt.

Die Vorsitzende, Frau Schaub, lässt die FA I und FA II separat über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

1. Die Städte Stadtallendorf, Neustadt, Biedenkopf und Dautphetal und der Landkreis Marburg-Biedenkopf schließen für die Dauer von zwei Jahren die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gemeinsame Durchführung von Aufgaben im Bereich einer sektorenübergreifenden Versorgung durch Beratung, Koordination und Planung, insbesondere durch Neueinrichtung von zwei Pflegestützpunkten.
2. Die Beschäftigung der für die Pflegestützpunkte in Stadtallendorf und Biedenkopf erforderlichen zwei Halbtagsstellen erfolgt durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf.
3. Die für diese Maßnahme zu erwartenden Fördergelder aus Mitteln der interkommunalen Zusammenarbeit werden an den Landkreis Marburg-Biedenkopf geleitet.
4. Die Stadt Stadtallendorf stellt über die Fördermittel hinaus keine zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: FA I - 13 dafür
FA II - 13 dafür

Die Sitzung wird von 20.23 Uhr - 20.30 Uhr unterbrochen, sodass die Mitglieder des FA II den Raum verlassen können.

Zu 3 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 3.1 Livestreamübertragung im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung; Antrag gem. § 14 der GO der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013)

Vorlage: FDP/2013/0001

Bezüglich der Kostenermittlung für die Livestreamübertragung der Stadtverordnetenversammlung teilt Herr Bürgermeister Somogyi mit, dass bereits eine Kostenermittlung stattgefunden hat. Diese hat ergeben, dass die Kosten sich pro Sitzung auf 800 - 1000 € belaufen. Weiter fügt er an, dass zur Klärung der rechtlichen Seite der Verfasser der Kommentierung zur aktuellen Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und Magistratsoberrat der Stadt Büdingen Herr Gerhard Bennemann herangezogen wird. Dieser soll Auskunft darüber geben, was aus rechtlicher Seite für bzw. gegen eine Livestreamübertragung spricht.

Herr Stv. Koch weist darauf hin, dass bereits im März 2012 ein Antrag auf Ermittlung der Kosten für eine Livestreamübertragung erfolgt ist, jedoch wurde den Stadtverordneten bisher keine Kostenermittlung vorgelegt.

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass die Kostenermittlung dem Protokoll angefügt wird.

Mitteilung der Verwaltung

Nachdem bereits am 28.06.2012 eine Kostenermittlung von Seiten der Verwaltung durchgeführt worden ist, hat am 06.02.2014 der Fachbereichsleiter I, Herr Greib, mit der Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien der Stadt Marburg Rücksprache gehalten. „Bezogen auf die Kosten wurde mitgeteilt, dass pro Sitzung ca. 900 € plus Mehrwertsteuer an die Aufzeichnungsfirma, die das günstigste Angebot abgab, gezahlt worden sind. Dies gilt für den Einsatz einer Kamera. Darüber hinaus waren noch weitere Kosten der Verwaltung zu verzeichnen. Die Stabsstelle hat für den Haushalt 2014 vorsorglich einen Betrag von 20.000 € für die elf Stadtverordnetensitzungen angemeldet, da dies als reeller Betrag angesehen wird.“

Die von der Stadtverwaltung Marburg mitgeteilten Kosten, decken sich mit kleinen Abweichungen mit der von uns durchgeführten Kostenermittlung des Jahres 2012.

Im Anhang befinden sich der ausführliche Vermerk „Übertragung von Sitzungen mittels Livestream im Internet - Rücksprache mit der Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien der Stadt Marburg“ und die ausführliche „Kostenermittlung des Jahres 2012“.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 3.2 Unerledigte Anträge; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 16.01.2014 (eingegangen am 16.01.2014)

Vorlage: CDU/2014/0001

Wie Herr Stv. Erber mitteilt, liegt die Intention des Antrages vor allem in der Überblickverschaffung für eingegangene Anträge. Es soll eine Liste geführt werden, welche aufzeigt, in welcher Phase sich ein Antrag befindet, so könnte unterschieden werden zwischen, „Eingang“, „in Bearbeitung“ und „Vorlage erstellt“.

Herr Bürgermeister Somogyi fügt an, dass das derzeit genutzte Computerprogramm „Session“ eine solche Funktion beinhaltet. Das Programm kann nicht nur die einzelnen Phasen darstellen, es kann auch Prioritäten vergeben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 4 Neuvergabe der Wegenutzungsverträge Gas für das Gebiet der Städte Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain

Vorlage: FB1/2014/0012

Auf Grund der sensiblen Rechtslage, weißt Herr Bürgermeister Somogyi nochmals auf den sorgfältigen Umgang mit der „nicht öffentlichen Informationsvorlage“ hin. Weiter stellt er den Sachstand für die Neuvergabe der Wegenutzungsverträge Gas für das Gebiet der Städte Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain vor. Ferner äußert er den Wunsch auf eine schnellstmögliche Einigung bei der Vergabe und verweist auf die Stadtverordnetenversammlung am 06.02.14. Er bezieht sich hierbei auf die Hinweise, die in das Vergabeverfahren involvierten Rechtsanwälte, diese mahnen den relativ engen Zeitplan bis zur Konzessionsvergabe am 01.06.14 an.

Herr Stv. Berkei und seine CDU-Fraktion sehen in der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.14 eine zu kurze Beratungszeit und schlagen eine Beschlussfassung für Mitte März vor. Herr Bürgermeister Somogyi verweist nochmals auf die Aussage der Rechtsanwälte und auf den engen Zeitplan.

Herr Stv. Hesse kann den Einwand von Herrn Stv. Berkei nachvollziehen, allerdings würde eine Verlagerung der Beschlussfassung nichts mehr an dem Ergebnis des Vergabeverfahrens ändern. Von den Bietern wurden die „Best and Final Offer“ abgegeben, so dass das Ergebnis der Ausschreibung feststeht und eine weitere Beratung innerhalb der Fraktion nur noch den Zeitdruck erhöhen würde. Auch Herr Stv. Koch pflichtet dem bei und lobt nochmals das transparente und umfangreiche Vergabeverfahren.

Herr Bürgermeister Somogyi kommt den Einwendungen der CDU-Fraktion entgegen und bietet an, dass die Rechtsanwälte zu der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.14 geladen werden und hier nähere Auskünfte über das Vergabeverfahren geben.

Dies jedoch wird von der CDU-Fraktion abgelehnt und Herr Stv. Ryborsch bittet um Unterbrechung der Sitzung um sich mit den Mitgliedern der CDU-Fraktion zu beraten.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 21:17 bis 21:24 Uhr.

Herr Stv. Ryborsch teilt nach der Unterbrechung mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird.

Beschluss:

Als Ergebnis des gemeinsamen Wettbewerbsverfahrens um die Wegenutzungsrechte Gas in den Städten Stadtallendorf, Neustadt (Hessen) und Kirchhain wird der Zuschlagserteilung auf das Angebot der Stadtwerke Marburg GmbH zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür (SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP, REP)
6 Enthaltungen (CDU)

Zu 5 Kenntnisnahme

Zu 5.1 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes Dienstleistungen und Immobilien in Höhe von 2.500.000,00 Euro

Vorlage: DuI/2013/0024

Wie die Vorsitzende feststellt ist die Beschlussvorlage nicht vollständig.

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass die Unterlagen im Protokoll nachgereicht werden.

Mitteilung der Verwaltung

Nach Abfrage der Angebote am Dienstag, den 10.12.2013 ergab sich im Ranking kein Unterschied. Angebote von regionalen Banken lagen erheblich über 1.000,00 € Zinsunterschied. Somit wird der Finanzvermittler, die Bannasch AG München beauftragt, eine Darlehnsaufnahme bei der Bremer Landesbank zu folgenden Konditionen einzuleiten:

Kenntnisnahme:

Der Magistrat beschließt die Aufnahme eines Darlehens von

2.500.000,00 Euro

Zur Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes Dienstleistungen und Immobilien.

Darlehensgeber: Bremer Landesbank

Konditionen:

Darlehensbetrag	:	2.500.000,00 Euro
Auszahlungskurs	:	100%
Valuta zum	:	15.12.2013
Laufzeit	:	25 Jahre
Vierteljährlich feste Tilgungsraten	:	25.000,00 Euro
Tilgungsbeginn	:	31.03.2014
Zinskalender	:	360/360
Verzinsung vierteljährlich nachträglich zum 31.03., 30.06., 30.09., 31.12. eines Jahres		
Zinssatz	:	3,02 %
Zinsbindung	:	25 Jahre
Courtage	:	0,00 %

Das Angebot ist gültig bis zum 10.12.2014, 9.00 Uhr.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 5.2 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen des
Eigenbetriebes Stadtwerke
Stadtallendorf in Höhe von 1.360.000,00 Euro
Vorlage: FB5/2013/0025**

Kenntnisnahme:

Der Magistrat beschließt die Aufnahme eines Darlehens von

1.360.000,00 Euro

bei der WL Bank AG – Westfälische Landschaft Bodenkreditbank Münster,

zur Finanzierung von Investitionen des Eigenbetriebes Stadtwerke Stadtallendorf
zu folgenden Darlehenskonditionen:

Darlehensbetrag	:	1.360.000,00 Euro
Auszahlungskurs	:	100%
Valuta zum	:	11.12.2013
Laufzeit	:	25 Jahre
Vierteljährlich feste Tilgungsraten	:	13.600,00 Euro
Tilgungsbeginn	:	31.03.2014
Zinsbindung	:	25 Jahre
Zinskalender	:	360/360
Verzinsung vierteljährlich nachträglich zum 31.03., 30.06., 30.09., 31.12. eines Jahres		
Zinssatz	:	3,090 %
Vermittlungskosten	:	0 €
Angebotsabgabe	:	09.12.2013, 12.00 Uhr

Das Angebot ist gültig bis zum 10.12.2014, 9.00 Uhr.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 6 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Somogyi teilt mit, dass die SEPA-Umstellung erfolgreich abgeschlossen worden ist.

Zu 7 Verschiedenes

Zu 7.1 Haushalt 2014

Herr Stv. Ryborsch stellt die Frage in welcher Phase sich die Haushaltsaufstellung befindet und wann mit einer Einbringung in die STVO gerechnet werden kann.

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert, dass der Jahresabschluss 2007 am 15.01.2014 abgeschlossen worden ist. Derzeit befindet sich dieser in der Prüfung der Revision. Bezogen auf die Haushaltsaufstellung teilt Herr Bürgermeister Somogyi mit, dass eine Rohfassung des Haushaltes 2014 in etwa 2 Wochen intern besprochen werden kann. Die Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung soll spätestens im April erfolgen.

Herr Stv. Hesse regt die Aufstellung eines Doppelhaushaltes an.

Wie Herr Riedl mitteilt, ist ein Doppelhaushalt immer mit einer zusätzlichen Ungenauigkeit verbunden, es ist nicht möglich eine genaue Abschätzung über den Verlauf des derzeitigen wie auch des folgenden Haushaltsjahres zu tätigen.

Jedoch wird die Verwaltung diese Möglichkeit nochmals prüfen.

Zu 7.2 Zensus 2011

Herr Stv. Dziuba bezieht sich auf die von ihm gestellte Anfrage vom 06.06.2013 zum Thema Zensus und bittet um Darstellung neuer Erkenntnisse, falls möglich.

Herr Bürgermeister Somogyi erklärt, dass die Anfrage über das Protokoll beantwortet wird.

Mitteilung der Verwaltung

Nach Rücksprache mit dem Fachbereich 3 und 4 hat der Zensusbericht 2011 keine neuen Erkenntnisse für die Stadt Stadtallendorf geliefert.

Ilona Schaub
Vorsitzende

Markus Harder
Schriftführer